

Ich mache **Politik**

Junges Denken für eine
JUNGE POLITIK



#jungeThemen

**ERGEBNISSE DER BETEILIGUNGSRUNDE
DAS MUSS SEIN! DEMOGRAFIEPOLITIK
JUGENDGERECHT GESTALTEN
01.01. BIS 09.10.2016**

**Junges Denken für junge Politik – Bewertungen,
Ideen und Vorschläge junger Menschen zu den
Themen der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ im
Rahmen der Demografiestrategie der
Bundesregierung**

ichmache-politik.de

ichmache-politik@dbjr.de
facebook.com/ichmachepolitik

twitter.com/ichmach_politik
instagram@ichmachepolitik

Foto: Zeichnungen: Anne Bergfeld

Ein Projekt von



Gefördert vom



DARUM GEHT'S

Mit Ichmache>Politik | Demografie haben junge Menschen die Möglichkeit, bei der Themensetzung der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ im Rahmen der Demografiestrategie mitzureden und ihre Themen und Forderungen zu den Themen und Diskussionen der AG beizutragen. So können junge Politik>macher_innen an der Entwicklung der Demografiestrategie der Bundesregierung mitwirken und direkt Einfluss nehmen.

Junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren sammelten vom 01.01. bis 28.08.2016 off- & online rund 1.000 Forderungen und Ideen zu den Themen der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ und damit für eine jugendgerechte Demografiepolitik.

In einem **Voting** vom 19.09. bis 09.10.2016 stimmten alle teilnehmenden Jugendlichen über die gesammelten Beiträge und Forderungen ab – die Beiträge, die am höchsten gevotet wurden, fließen in die vorliegende Zusammenfassung und damit in die Arbeit der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ ein.

Konkret geht es um die Frage, wie die Infrastruktur vor Ort verbessert werden kann. Mit dem Thema Engagement und Beteiligung beschäftigt sich Frage 2: Was brauchen junge Menschen, damit sie sich engagieren können? Weitere Themen sind Schule, Ausbildung und Arbeit: Welche Ideen haben junge Menschen, um eine gute Ausbildung machen zu können und einen guten Job zu finden? Um ein buntes und vielfältiges Zusammenleben geht es in Frage 4 der Beteiligungsrunde: Woran fehlt es, damit alle miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft leben können?

In einer abschließenden Fragerunde geben wir den Jugendlichen die Möglichkeit, Themen anzusprechen, die sie darüber hinaus wichtig finden und nach denen nicht gefragt wird – damit diese Themen ggf. in den Diskussionen der AG angesprochen werden.

IM FOLGENDEN DIE ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE >>>

1. WAS BRAUCHT IHR ZUM GUTEN LEBEN?

Im ersten Fragebereich ging es darum, wie die Infrastruktur vor Ort verbessert werden kann. Was brauchen junge Menschen in ihrer Stadt oder Region, damit sie sich dort wohl fühlen und gern dort leben?

Jugendliche müssen mitreden können

In erster Linie zählt zu einer guten Infrastruktur für die Jugendlichen, dass sie bei deren Planung ernst genommen werden: „Gesundheit, Bildung und Gerechtigkeit für alle gleichermaßen!“ Bei allen Entscheidungen und Maßnahmen der Politik, der Justiz und der Verwaltung sollen Nachteile insbesondere für junge Menschen vermieden werden. Dabei ist ihnen wichtig, dass die natürlichen Ressourcen bewahrt werden und deren nachhaltiger Einsatz gesichert ist.

Wir wollen mobil sein!

Das Thema Mobilität steht bei Jugendlichen ganz oben auf der Tagesordnung. Denn sie wollen unterwegs sein, sich mit Freunden treffen, ihren Hobbys nachgehen und für den Weg zur Schule oder Ausbildungsstelle nicht den halben Tag benötigen. Deshalb fordern sie den Ausbau der ÖPNV-Netze gerade im ländlichen Raum. Sie schlagen vor, dass die Beförderungsunternehmen Testphasen durchführen, um herauszufinden, auf welchen Linien mehr Busse unterwegs sein müssen. Und sie haben weitere ganz konkrete Vorschläge, um besser und von den Eltern unabhängig unterwegs sein zu können: „Jeder muss gut erreichbar zur Schule kommen. Die Busse sollten in einem geregelten Takt fahren. Wenn nötig, sollten kleinere Busse eingesetzt werden, um alle Dörfer anzubinden.“

Doch nicht nur das Angebot, auch die Fahrpreise für Busse, Bahnen und Taxis beschäftigen die Jugendlichen und auch dafür fallen ihnen Lösungen ein: „Niedrigere Preise für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) könnten, z. B. durch Subventionierung alternativer Wettbewerber wie Busunternehmen oder auch die Einführung eines Zonensystems für den ÖPNV erreicht werden. Auch eine Vereinheitlichung der Tarife über Verbundgrenzen hinaus ist anzustreben!“ Schüler_innen und Auszubildende bis zum 18. Lebensjahr sollten nach Wunsch der Jugendlichen generell gratis fahren dürfen. Auch Familien sollten an Wochenenden von Gratis-Angeboten profitieren können.

Sollten Schulen nicht für alle Schüler_innen in einem angemessenen Zeitraum erreichbar sein, schlagen sie vor, dass der Unterricht später beginnt oder dass Taxifahrten von den Kommunen übernommen werden.

„Jeder muss gut erreichbar zur Schule kommen. Die Busse sollten in einem geregelten Takt fahren. Wenn nötig, sollten kleinere Busse eingesetzt werden, um alle Dörfer anzubinden.“

„Niedrigere Preise für den ÖPNV und eine Vereinheitlichung der Tarife über Verbundgrenzen.“



Durch Barrierefreiheit, mehr überdachte Bushaltestellen, Konfliktlotsen oder ein Feedback-System für Busfahrer_innen wollen sie erreichen, dass die Zufriedenheit mit den ÖPNV-Angeboten verbessert wird. Auch die Fahrradinfrastruktur sollte ausgebaut werden, z. B. durch bessere Radwege, Fahrgemeinschaften für das Fahrrad, mehr Leihräder (auch E-Bikes!) und Halterungen in Bussen zur Fahrradmitnahme. Zum Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur können sie sich aber auch kreative Alternativen vorstellen: über Apps organisierte Fahrgemeinschaften mit registrierten Fahrer_innen, Hol- und Bringdienste, Bürger_innenbusse, Carsharing, Anruf-Sammeltaxis und eine Kennzeichnung von Fahrzeugen für sicheres Trampen.

Online spielt das Leben (aber nicht nur)

Die Jugendlichen wissen, wie wichtig eine schnelle und stabile Internetverbindung für sie ist. Deshalb fordern sie: „Eine gut ausgebaute, allen zugängliche, kostengünstige oder gar kostenlos nutzbare Internet-Infrastruktur muss her! Diese hat Einfluss auf viele Lebensbereiche und fördert vor allem chancengleiche Bildung und Zugang zu Information sowie Kommunikation.“ Sie wollen, dass mehr Geld in den Breitbandausbau investiert wird und es in Innenstädten freie W-Lan-Verbindungen gibt.

Da sie sich bewusst sind, dass die Kosten dafür hoch sind, schlagen sie ein Finanzierungssystem vor: „Um den Internetausbau erschwinglicher zu gestalten, können sich mehrere Kommunen für die Finanzierung zusammenschließen. Bürger_innen können auch privatrechtliche Bürger_innengesellschaften gründen, um die Kosten für die einzelnen Haushalte zu senken.“

Wir brauchen Räume für uns

Die Jugendlichen fordern, dass es mehr gut erreichbare Orte für die Freizeitgestaltung gibt und dass diese besser ausgestattet werden. Dazu zählen sie Skaterbahnen, Grillplätze, Schwimmbäder, Einkaufszentren, Bars, Diskotheken, Spielplätze, touristische Attraktionen, aber auch Jugendzentren vor Ort. Hier wünschen sie sich eine höhere Vielfalt an Freizeitangeboten und wollen daher mehr lokale Kulturangebote auch in kleinen Gemeinden oder aufsuchende Angebote. Sie wollen, dass Kulturvereine aktiv bei den Jugendlichen um Teilnahme werben und Projekte durchführen, die Jugendliche selbst gestalten können, z. B. im Jugendclub. Auch generationenübergreifende Angebote kommen für sie in Frage, z. B. zur Digitalisierung von Kultur. Ein konkreter Vorschlag: Jugendliche treffen Senior_innen im Altenheim und bringen ihnen Techniken bei. Ebenso wollen sie in den Ferien aktiv sein und wünschen sich attraktive Ferienpassaktionen für vor allem ältere Schüler_innen, Jugendcamps und -reisen sowie andere Ferienangebote. Ihnen ist klar, dass diese Wünsche mit einer ausreichenden Finanzierung stehen und fallen. Daher fordern sie: „Ohne Moos nix los - Mehr Geld und Unterstützung für eine starke Kinder- und Jugendarbeit!“

„Eine gut ausgebaute, allen zugängliche, kostengünstige oder gar kostenlos nutzbare Internet-Infrastruktur muss her! Diese hat Einfluss auf viele Lebensbereiche und fördert vor allem chancengleiche Bildung und Zugang zu Information sowie Kommunikation.“

Internetverbindungen müssen in ländlichen Regionen schneller und stabiler werden.

Damit diese Angebote tatsächlich vor Ort stattfinden können, schlagen sie vor, dass Einrichtungen multifunktional genutzt werden. Ähnliche Einrichtungen wie Jugendzentren, Kindergärten, Flüchtlingsunterkünfte oder Museen könnten in bisher ungenutzten Gebäuden gemeinsam einziehen. Die Jugendlichen wünschen sich, dass dafür auch der Denkmalschutz flexibilisiert wird. Um die Erreichbarkeit zu verbessern, schlagen sie Kinder- und Jugendtaxis vor, die sie zu den Jugendzentren bringen sollen.

Die Angebote zur Freizeitgestaltung sehen die Jugendlichen auch als ein Mittel der Gewaltprävention an: „Um Gewalt vorzubeugen müssen allen Menschen Handlungsräume und Begegnungsmöglichkeiten gegeben werden, sie müssen Selbstwirksamkeit und Selbstwert erfahren und so Selbstbewusstsein entwickeln.“ Als geeignete Orte dafür sehen die Jugendlichen beispielsweise Jugendverbände. Doch nicht nur für die Freizeitgestaltung fordern die Jugendlichen Räume, sie bringen auch das Thema Wohnen auf die Tagesordnung: „Wir wollen gute Wohnkonzepte und mehr Wohnraum für Jung und Alt!“ Durch Wohnungstauschbörsen, eine Wohnberatung, die Förderung des selbstgestalteten und altersgerechten Wohnens sowie von Mehrgenerationenhäusern oder Wohngemeinschaften von Studierenden und Auszubildenden in der Nähe ihres Bildungsortes wollen sie das Angebot erhöhen und erschwinglich machen.

Verwaltung muss erreichbar sein

Die Verwaltungsinfrastruktur soll nach Ansicht der Jugendlichen wohnortnah erhalten oder sogar ausgebaut werden. Sollte das nicht möglich sein, schlagen sie vor, Fahrdienste zu Verwaltungsstandorten einzurichten. Sie fordern aber auch eine Entwicklung hin zur „Digitalen Behörde“: über eine Internetpräsenz oder eine eigene App könnten behördliche Angelegenheiten erledigt werden. Dazu gehört der Ausbau einer telefonischen Behördenhotline für Informations- und Antragszwecke oder Videotelefonate beispielsweise über Skype.

In jedem Alter fit und gesund

Die Jugendlichen interessieren sich keineswegs nur für sich selbst, sondern haben auch die Interessen Erwachsener und auch der Rentner_innen im Blick. Sie wünschen sich in erster Linie eine bessere Gesundheitsversorgung vor Ort. „Ärztliche Versorgung auf dem Land sichern!“, so lautet die Forderung der Jugendlichen. Die Krankenhäuser und Arztpraxen müssen gut erreichbar sein – weshalb sie vor Ort angesiedelt sein sollten und mehr Energie darein gesteckt werden muss, dass es ärztlichen Nachwuchs auch auf dem Land gibt. Daneben haben die Jugendlichen kreative Ideen, wie Kooperationen mit Praxen in der Stadt, aber auch der Ausbau der Telemedizin, möglicherweise mit der Unterstützung von Sanitäter_innen vor Ort. Ehrenamtliche könnten ausgebildet werden, um die Sanitäter_innen zu unterstützen.

„Ohne Moos nix los“ - Mehr Geld und Unterstützung für eine starke Kinder- und Jugendarbeit!

„Wohnortnaher Erhalt oder sogar Ausbau der Verwaltung!“

„Ärztliche Versorgung auf dem Land sichern!“,

Auch Gemeindeschwestern in den Landkreisen könnten nach Ansicht der Jugendlichen Aufgaben übernehmen, für die keine Ärzt_innen notwendig sind. Zudem sollte auch im ländlichen Raum stärker in Hebammenpraxen und Geburtstationen investiert werden. Zur Gesundheitsversorgung gehört für die Jugendlichen auch eine bessere gesundheitliche Aufklärung im Unterricht und gesünderes Schulessen. Auch sollten Beratungsstellen zu Gesundheitsthemen vor Ort eingerichtet werden.

Auch das Thema Sport sehen die Jugendlichen als essentiellen Bestandteil der Gesundheitsvorsorge. Sie wünschen sich eine größere Vielfalt an Angeboten für Kinder und Jugendliche sowie für Erwachsene, als Ausgleich zum Beruf, und für Senior_innen sowie eine Modernisierung bestehender Sportstätten. Dadurch wird ein gesunder Lebensstil gefördert und Vereine werden gestärkt, meinen die Jugendlichen.

Doch nicht nur die Gesundheitsversorgung bedenken sie, sie fordern auch: „Ran ans Thema Pflege!“ Mobile sowie zielgruppengerechte Pflegedienste sollen noch stärker ausgebaut werden und Pflegemittel kostengünstiger sein. Sie wollen auch, dass Konzepte für eine staatlich geförderte Familienpflegezeit, d.h. einen Lohnersatz für Pflegenden, realisiert werden und bürgerschaftliches Engagement stärker bedacht wird, z. B. durch Kurse zur Unterstützung für Pflegenden. Insgesamt wünschen sich die Jugendlichen eine bessere Unterstützung für Ältere und Kranke! Das soll beispielsweise durch mehr Pflegekräfte, den Aufbau von Hilfsnetzwerken vor Ort, Apothekenlieferdienste, Transportmöglichkeiten für Kranke, neue oder attraktivere Reha-Kliniken mit einer besseren Vielfalt therapeutischer Angebote geschehen.

„In Geburtstation & Hebammenpraxen investieren!“

„Ran ans Thema Pflege!“



2. FÜREINANDER – MITEINANDER: WIE KANN DAS FUNKTIONIEREN?

Die Freiwillige Feuerwehr kann im Ernstfall nicht mehr ausrücken, weil ihr die Freiwilligen fehlen. Junge Leute wollen sich engagieren. Aber die Initiativen oder das Jugendzentrum sind viel zu weit weg. Gleichzeitig gibt es vor Ort aber genügend Bedarf an ehrenamtlicher Hilfe z. B. alte Menschen, die Unterstützung im Alltag brauchen – doch niemand hat Zeit dafür. Beim Thema ehrenamtliches Engagement krankt es an mancher Ecke. Junge Menschen wollen mitbestimmen, wenn etwas entschieden wird. Aber sie wollen vor allem auch mit gestalten.

Es wurde gefragt: Was muss sich verändern, damit ihr euch engagieren könnt? Und wo würdet ihr gerne mehr mitbestimmen - und wie? An welchen Stellschrauben muss gedreht werden? Welche Angebote fehlen bei euch vor Ort und wie können alle Generationen eingebunden werden?

Jugendliche fragen und ernst nehmen

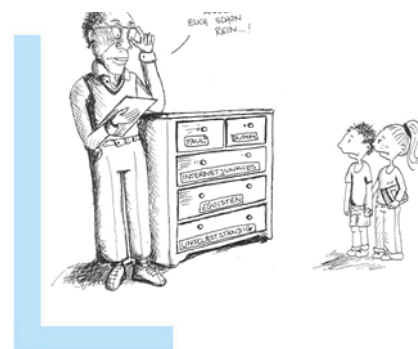
Zentral beim Thema Partizipation ist für die Jugendlichen, dass sie bei den sie betreffenden Themen mitbestimmen und sie sich aktiv einbringen können sowie dass ihre Bedürfnisse und Vorschläge ernst genommen werden.

Daher fordern sie, dass mehr Möglichkeiten der Jugendbeteiligung geschaffen werden: „Wir wollen gewählte Vertretungen, attraktivere Jugendparlamente, mehr kontinuierliche Beteiligung, gesicherte Ressourcen und tatsächliche Entscheidungsbefugnis!“

Das Wahlrecht soll verändert werden, so dass Jugendliche leichter an Wahlen teilnehmen können. Dafür wünschen sie sich Handywahlen, kürzere Wahlperioden, mehr Bürgerentscheide und die Senkung des Wahlalters.

„Die bereits bestehenden Mitbestimmungsmöglichkeiten der gewählten Vertreter_innen in der Schüler_innenvertretung sollen gestärkt und seitens der Schulleitung und des Lehrerkollegiums ernster genommen werden“, fordern die Jugendlichen. Außerdem sollten an Schulen regelmäßige Veranstaltungen angeboten werden, in denen Möglichkeiten der Mitbestimmung vermittelt werden.

Auch außerhalb der Schule auf kommunaler Ebene sollen mehr Interessenvertretungen von Jugendlichen eingerichtet werden. Beispielsweise wollen sie, dass Migrant_innenjugendselbstorganisationen stärker gefördert werden, um die unterschiedlichen Perspektiven in die demokratische Gesellschaft einzubringen.



„Junge Menschen müssen in Entscheidungen einbezogen werden, die sie betreffen.“

„Strukturen von Jugendbeteiligung stärken! Wir wollen gewählte Vertretungen, attraktivere Jugendparlamente, mehr kontinuierliche Beteiligung, gesicherte Ressourcen und tatsächliche Entscheidungsbefugnis!“

Von den Kommunen wünschen sie sich eine transparente und verständliche Kommunikation sowie Ansprechpartner_innen, die für die Belange von Jugendlichen zuständig sind. Durch ein Beschwerdeverfahren wollen die Jugendlichen sich direkt an Bürgermeister_innen oder Verantwortliche in der Schule wenden können.

(Frei-)Räume für Engagement

Damit sich die Jugendlichen mehr und besser ehrenamtlich einbringen können, wünschen sie sich in erster Linie eine stärkere finanzielle Unterstützung ihres Engagements: „Schaffung von Anreizen beziehungsweise Vorteilen für ehrenamtlich Engagierte! Die Politik soll Hürden für Engagement senken.“

Ehrenamtliches Engagement muss wirksam und spürbar die Wertschätzung erfahren, die es nach Meinung der Jugendlichen verdient. Die Jugendlichen fordern ein Grundeinkommen, das ihnen ermöglicht, sich frei von finanziellen Zwängen einzubringen. Sie können sich aber auch andere Formen der „Vergütung“ für Ehrenamtliche vorstellen, wie z. B. Anreize oder Vorteile durch Vergünstigungen für Ehrenamtliche in Form von Gutscheinen. Aber auch durch Dankeschön-Veranstaltungen und Vorteile auf dem Arbeitsmarkt wünschen sie sich eine stärkere Anerkennung ihres Engagements.

Sie fordern weiter eine bundesweit einheitliche Regelung zur Freistellung für ehrenamtliches Engagement von Schule, Studium und Arbeit. Und sie wünschen sich auch eine inhaltliche Unterstützung ihrer ehrenamtlichen Arbeit: „Ehrenamtlich Engagierte brauchen Möglichkeiten sich mit anderen über ihre Erfahrungen und Herausforderungen austauschen zu können und neue Anregungen zu holen. Pädagogische Begleitung, Aus- und Fortbildung braucht Kontinuität und Qualität!“

Auch strukturell fordern die Jugendlichen eine stärkere Unterstützung von Vereinen und Jugendverbänden. Das bedeutet für sie an erster Stelle die stärkere finanzielle Ausstattung der Verbände. Aber nicht nur das, sie fordern: „Anerkennung der Jugendverbände als außerschulische Bildungsorte: Als solche sind sie bei der Gestaltung der lokalen und regionalen Bildungslandschaften als gleichberechtigte Partner einzubeziehen.“

Sie wünschen sich mehr Orte nur für sich: Indem leer stehende Gebäude in Jugendtreffs umgebaut werden, in denen Jugendliche mitbestimmen können und nicht von Erwachsenen überwacht werden. Es sollte jedoch nach Ansicht der Befragten eine erwachsene Ansprechperson geben und auf die Einhaltung von Regeln (z. B. Alkoholkonsum) geachtet werden.

„Echte Beteiligung von Kindern & Jugendlichen!“

„Um uns ehrenamtlich engagieren zu können, brauchen wir Zeit und Freiräume!“



3. ARBEIT IST DAS HALBE LEBEN! WIE WOLLT IHR LERNEN UND ARBEITEN?

Die besten Freund_innen ziehen nach dem Schulabschluss weg, weil sie vor Ort keine Ausbildung finden - geschweige denn studieren können? Jugendliche legen morgens eine lange Busfahrt zur Schule zurück. Und nach dem Realschulabschluss oder Abi finden die wenigsten vor Ort einen Ausbildungs- oder Studienplatz; sie müssen wegziehen. Nach der Ausbildung oder dem Studium kommen auch die wenigsten wieder zurück in ihre Heimatregion, weil es keine Jobs gibt. Ein Teufelskreis.

Wir haben nach den Ideen junger Menschen gefragt, wie sich dieser durchbrechen ließe: Welche Ideen habt ihr, um Bildung und Ausbildung sicher zu stellen? Oder wisst ihr, wie Schulen vor der Schließung bewahrt werden können? Vielleicht wollt ihr auch nicht für das Studium oder die Ausbildung weit weg ziehen und habt Vorschläge für Änderungen im Ausbildungssystem oder an den Hochschulen? Was müssen Unternehmen leisten, um junge Leute in der Region zu halten? Und was macht Arbeitsplätze für euch attraktiv? Wie können berufliche Perspektiven in eurer Region geschaffen werden? Was braucht ihr um bleiben zu können?

„Bildung soll für alle möglich sein!“

Das fordern die Jugendlichen und setzen damit den Zugang zu Bildung und Ausbildung für alle ganz oben auf die Tagesordnung zum Thema Lernen und Arbeiten. Für die Umsetzung dieser Forderung machen sie konkrete Vorschläge:

In erster Linie zählt für sie dazu, dass es allen Jugendlichen ermöglicht wird, sich (weiter-) zu bilden, dass Bildung nicht vom Einkommen abhängt. Sie fordern daher mehr staatliche finanzielle Unterstützung und ein höheres BAFöG für eine größere Zahl Studierender und Schüler_innen. Auch das Thema Inklusion ist ihnen wichtig, sie wünschen sich inklusive Schulen für alle und mehr professionelle Betreuung und Unterstützung, damit ein gemeinsames Lernen von behinderten und nicht-behinderten Schüler_innen möglich wird.

Damit wirklich alle an Bildung teilhaben können, ist es nach Ansicht der Jugendlichen dringend nötig, dass vielfältige Bildungsmöglichkeiten nah am Wohnort vorhanden sind. Deshalb fordern sie, Schulschließungen zu verhindern und regionale Bildungseinrichtungen zu erhalten, z. B. durch die Gründung von Schulverbänden, die multifunktionale Nutzung von Schulräumen sowie eine regionale Stärkung der schulischen Selbständigkeit.



„Schulschließungen verhindern und regionale Bildungseinrichtungen erhalten!“

„Bildung ist mehr als Schule! Wir brauchen Anerkennung und Wertschätzung und bewertungsfreie Räume!“

Letztere soll bessere Rahmenbedingungen für dezentrale Handlungsspielräume hinsichtlich der Schulgesetzgebung schaffen. Auch Eltern soll es ermöglicht werden, an Bildung und Ausbildung teilzuhaben. Daher sollen nach Wunsch der Jugendlichen Hochschulen familienfreundlicher und auch an weiterführenden Schulen eine solide Kinderbetreuung eingerichtet werden. Ausfallzeiten vom Beruf während der Elternzeit sollen für Fortbildungen genutzt werden können, der Abendschulbesuch junger Eltern sollte gefördert und unterstützt werden.

Auch der Zugang zu Ausbildungsplätzen muss nach Ansicht der Jugendlichen verbessert werden. Sie fordern einen gesetzlich garantierten Anspruch auf einen Ausbildungsplatz und eine Umsetzung der EU-Jugendgarantie, damit alle Jugendlichen zeitnah einen Ausbildungsplatz finden. Vor Ort sollen Anlauf- und Beratungsstellen eingerichtet werden, die die Jugendlichen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz unterstützen. Auch Kontaktpersonen an Schulen wünschen sich die Jugendlichen sowie mehr Aufklärung über die Vielfalt der Berufe. Dazu schlagen sie Kooperationen zwischen Schulen und lokalen Betrieben vor, die den jungen Menschen die Möglichkeit eröffnen sollen, in verschiedene Berufe hinein zu schnuppern. Sie wünschen sich, dass verstärkt auch kleine Betriebe in der Nachbarschaft unterstützt werden, mehr Ausbildungsplätze anzubieten.

Wie und was wir lernen, das wollen wir mitentscheiden!

Die Jugendlichen fordern nicht nur, dass sie lernen können – sie wollen auch, dass die Bedingungen, unter denen sie lernen, massiv verbessert werden. Die Schulgebäude sollen flächendeckend modernisiert und mit moderner Technik und Medienangeboten ausgestattet werden. Die Klassen sollen kleiner sein und mehr Lehrer_innen zur Verfügung stehen.

Wichtig ist den Jugendlichen, dass sie gefragt werden, was und wann sie lernen: „Wir wollen mitbestimmen, was wir lernen und wann und wie wir lernen!“ Die Jugendlichen wollen mehr Wahlmöglichkeiten bei den Fächern und auch über deren Lehrinhalte. Generell wünschen sie sich mehr lebensnahe Inhalte, dass eine stärkere Wertevermittlung in der Schule stattfindet, dass sie in der Schule eine Berufsberatung erhalten sowie Unterstützung beim Übergang in die Ausbildung oder das Studium. Dies soll z. B. durch mehr Praktika während der Schulzeit oder die Vermittlung in gemeinnützige Projekte erreicht werden.

Die Jugendlichen wollen, dass die Schulen mehr selbstbestimmtes Lernen ermöglichen, dass die Schüler_innen verstärkt zu Eigeninitiative und selbständigem Handeln ermuntert werden und die Individualität der Schüler_innen mehr als bisher gefördert wird. Die Ausbildung der Lehrer_innen soll daher verändert werden, so dass die Bildungsprozesse auf Augenhöhe ablaufen können, eine interkulturelle Bildung stattfinden kann und mehr Methoden im Unterricht eingesetzt werden.

„Die „Arbeits“woche für Schüler_innen soll kürzer sein! Wir fordern weniger Hausaufgaben und damit mehr Zeit für Freizeit oder ehrenamtliches Engagement.“

„Bildung soll für alle Kinder und Jugendlichen möglich sein!“

„Wir wollen mitbestimmen, was wir lernen und wann und wie wir lernen!“

Insgesamt soll nach Wunsch der Jugendlichen die mit der Schule verbrachte Zeit kürzer sein: „Wir fordern weniger Hausaufgaben und damit mehr Zeit für Freizeit oder ehrenamtliches Engagement.“

Wichtig ist ihnen auch, dass die bestehenden Formen der Bewertung im Unterricht überdacht werden. So lautet die Forderung der Jugendlichen: „Weniger Leistungsdruck in der Schule, um besser und mit mehr Spaß lernen zu können.“

Doch sie fordern auch, dass Bildung anerkannt wird, die außerhalb der Schule - wie z. B. im Jugendverband - stattfindet: „Bildung ist mehr als Schule! Wir brauchen Anerkennung und Wertschätzung und bewertungsfreie Räume!“

Arbeit muss sich lohnen

Nicht nur die Bedingungen in der Schule müssen sich nach Ansicht der Jugendlichen verbessern, auch auf dem Arbeitsmarkt und in der Sozial- und Beschäftigungspolitik gibt es viel zu tun und die jungen Leute schrecken dabei nicht vor großen Forderungen zurück. Sie fordern sichere Arbeitsplätze und gute, flexible Arbeitsbedingungen. „Arbeit muss gerecht entlohnt werden, das heißt Wohnung, Essen, Gesundheitsvorsorge, Urlaub müssen vom Gehalt bezahlt werden können.“

Deshalb wollen sie, dass der Mindestlohn durchgesetzt und die Gehälter angeglichen sowie ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt wird, denn: „Es muss ein angemessenes Verhältnis des Lohns innerhalb und zwischen Branchen geben, es ist nicht in Ordnung, dass Spitzenverdiener und der Durchschnitt so weit auseinander liegen!“ Insbesondere im sozialen Bereich fordern sie eine 20-prozentige höhere Bezahlung der Beschäftigten, denn Bezahlung bedeutet für sie auch Anerkennung.

Der Anteil unbefristeter Arbeitsverträge soll erhöht werden und die Arbeitsbedingungen so verändert werden, dass ein attraktives Lebensumfeld entsteht. Die Jugendlichen wollen, dass Leiharbeitsfirmen abgeschafft werden und das Alter der Belegschaften in den Betrieben stärker durchmischt ist.

„Arbeit muss gerecht entlohnt werden, das heißt Wohnung, Essen, Gesundheitsvorsorge, Urlaub müssen vom Gehalt bezahlt werden können.“

„Wichtig wäre ein gesetzlich garantierter Anspruch auf einen Ausbildungsplatz. Es sollen zentrale Anlauf- und Beratungsstellen vor Ort eingerichtet werden.“

„Non-formale Qualifikationen müssen im beruflichen Kontext mehr anerkannt werden.“

Arbeit ist nur das halbe Leben!

Die Jugendlichen wollen aber auch ein Leben neben der Arbeit und ein Recht auf Zeit. Denn: „Arbeit ist nur das halbe Leben!“ Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit soll gesenkt werden in Richtung dreißig Stunden pro Woche bei weiter angemessener Bezahlung.

Sie wollen mehr Zeit für Familien und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf! Dies soll unter anderem durch eine gleichwertige Anerkennung von Elternzeit, Langzeitarbeitskonten, die es ermöglichen, während der Familienphase weniger zu arbeiten sowie Unterstützung bei der Kinderbetreuung erreicht werden.

Auch könnten nach Ansicht der Jugendlichen Unternehmen Zertifikate für Familienfreundlichkeit erhalten. Generell muss es mehr Möglichkeiten zur Kinderbetreuung geben, damit sich die Jugendlichen eine bessere Vereinbarkeit vorstellen können.

Kitaplätze sollen in ausreichender Anzahl und kostenfrei zur Verfügung stehen und könnten sowohl kommunal als auch betrieblich unterhalten werden. Auch eine Nachmittags- und Ferienbetreuung für Schulkinder muss nach Ansicht der Jugendlichen verstärkt angeboten werden.

„Recht auf Zeit und Work-Life-Balance! Denn: „Arbeit ist nur das halbe Leben!“ Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit soll gesenkt werden in Richtung 30 Stunden/Woche bei weiter angemessener Bezahlung!“

„Mehr Zeit für Familien und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf! „

„Mehr Raum für individuelle Entfaltung/Verwirklichung/Kreativität am Arbeitsplatz und mehr Entscheidungsfreiheit bei der Berufswahl. Arbeit muss Spaß machen und anerkannt werden!“

4. WIR SIND VERSCHIEDEN: WAS MACHEN WIR DARAUS?

Unser Land verändert sich. Es kommen viele Menschen zu uns, die ihre eigene Geschichten mitbringen, die in unserem Land leben und gut ankommen wollen. Auch die Zusammensetzung der Bevölkerung in den Regionen ändert sich. Einige ziehen woanders hin, andere kommen neu hinzu. Das macht unser Zusammenleben bunt und vielfältig. Damit alle die Möglichkeiten haben, selbstbestimmt und gut ihr Leben zu gestalten, braucht es mal Freiheit, mal Unterstützung, mal Offenheit, mal Neugier und mal Gelassenheit. Das ist nicht nur wichtig, damit Alt und Jung gut zusammen leben können, sondern auch, um ein Miteinander statt ein Nebeneinander oder gar ein Gegeneinander zu fördern. Welche konkreten Vorschläge haben junge Menschen, um das Zusammenleben zu gestalten? Woran fehlt es, damit wir alle miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft leben können?

Vorurteile abbauen

Um das Zusammenleben der Aufnahmegesellschaft mit Neuankömmlingen einfacher zu gestalten, müssen nach Meinung der Jugendlichen vor allem auf Seiten der Alteingesessenen viele Vorurteile abgebaut werden. Statt die Herkunft und das Aussehen der Menschen zu beurteilen, sollten alle anfangen, miteinander zu reden und aufmerksam und offen zuhören. Toleranz, Respekt und Anerkennung sehen sie als Voraussetzung für ein gutes Miteinander. Durch gezielte Information (z. B. über die tatsächliche Zahl von angekommenen Flüchtlingen oder Interpretationshilfen bei Kriminalitätsstatistiken) sollen bestehende Ängste in der Bevölkerung aufgenommen und entkräftet werden.

Auch sollte es mehr Angebote der politischen Bildung geben, die bei allen Bevölkerungsgruppen Vorurteile und Ängste abbauen. Für die Jugendlichen fehlt es auch eindeutig an Aufklärung darüber, aus welcher Kultur die Geflüchteten stammen. Nur so kann ein Gemeinschaftsgefühl geschaffen und die Menschen dazu motiviert werden, sich gegenseitig im Alltag zu helfen. Durch gemeinsame Aktionen mit den Zugezogenen könnten Kontakte hergestellt werden.

Die Jugendlichen schlagen auch vor, dass Menschen mit Migrationshintergrund, die schon länger in Deutschland leben, als Vermittler_innen und Pat_innen fungieren. Aber auch an die Politik stellen die jungen Menschen Forderungen: Sie soll eine besser koordinierte und transparentere Flüchtlingspolitik umsetzen, die Geflüchtete als Chance und nicht als Bedrohung sieht.



„Eine Willkommenskultur durch gemeinsame Aktionen und Begegnungen! „

„Vorurteile müssen abgebaut werden! Statt die Herkunft und das Aussehen der Menschen zu beurteilen, müssen wir anfangen, mit ihnen zu reden und aufmerksam und offen zuzuhören!“

Ankommen unbürokratisch erleichtern

Die Jugendlichen sehen Teilhabe in der Gesellschaft als wichtiges Mittel, um den Neuankömmlingen eine Perspektive zu geben und einer Radikalisierung entgegen zu wirken: „Soziale Ungleichheit, geringe Bildung und Zukunftschancen, kaum Mitgestaltungsmöglichkeiten sowie das Gefühl, gesellschaftlich 'vergessen' worden zu sein, führen dazu, dass sich junge Menschen von radikalen Gruppen angezogen fühlen. Um Terrorismus nachhaltig zu bekämpfen, müssen genau diese Punkte angegangen werden.“

Neben ausreichendem, dezentralen Wohnraum in städtischer Umgebung und dem einfachen und unbürokratischen Zugang zu medizinischer Versorgung gehört für die Jugendlichen zur Teilhabe in der Gesellschaft in erster Linie, dass den Geflüchteten die Möglichkeit gegeben wird, erwerbstätig zu sein und ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. „Eine einfache und unbürokratische Arbeitserlaubnis ermöglicht es, diese 'stille Reserve' deutlich besser zu nutzen. Dazu gehört auch eine zeitnahe Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen.“ Mehr Unterstützung bei der beruflichen Integration sollte die Politik auch leisten, indem sie mehr Deutschkurse anbietet. Doch das Erlernen der deutschen Sprache sollte nach Meinung der Jugendlichen nicht als Voraussetzung dafür gelten, dass Geflüchtete wichtige Entscheidungen für ihr Leben selbst treffen können: „Wir fordern das mehrsprachige Angebot von Informationen für Geflüchtete (damit sie Handlungsoptionen erkennen und auswählen können). Auch ohne gleich die deutsche Sprache zu können, muss es die Möglichkeit zur Verständigung geben.“ Menschen mit Migrationshintergrund sollen stärker in die Durchführung und Planung von Integrationspolitik einbezogen werden.

Betriebe könnten nach Ansicht der Jugendlichen zur Integration von Migrant_innen beitragen, indem sie Patenschaftsprojekte oder Betriebsausflüge anbieten, bei denen sich die Beschäftigten kennenlernen können.

Junge Flüchtlinge besonders berücksichtigen

Junge Menschen fordern, dass die Gesellschaft und die Politik ein besonderes Augenmerk auf junge Geflüchtete legen: „Unsere Aufnahmegesellschaft muss dafür sorgen, dass junge Geflüchtete in die Lage versetzt werden, mit den ungewollten biografischen Brüchen leben zu können, das heißt selbstbestimmt Perspektiven für die Zukunft entwickeln zu können.“

Deshalb fordern die Jugendlichen, dass allen Geflüchteten zwischen sechs und 18 Jahren der Zugang zu kostenloser Bildung ermöglicht wird und dass wirklich alle ins Bildungssystem eingebunden werden.

„Unsere Aufnahmegesellschaft muss dafür sorgen, dass junge Geflüchtete in die Lage versetzt werden, mit den ungewollten biografischen Brüchen leben zu können, d.h. selbstbestimmt Perspektiven für die Zukunft entwickeln zu können.“

„Die Anerkennung von bereits im Ausland erworbenen Qualifikationen muss weiter vereinfacht werden.“



Der Familiennachzug soll für alle unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten wieder ermöglicht werden und das Verfahren dafür vereinfacht und beschleunigt werden.

Damit Jugendverbände gezielt mit jungen Geflüchteten arbeiten können, fordern die Jugendlichen von der Politik, dass diese mehr Geld zur Verfügung stellt. Dies soll für hauptamtliches Personal eingesetzt werden, um konkrete Projekte zur Begegnung von Menschen in den Stadtteilen umsetzen zu können.

Außerdem sollen Freizeitangebote für Flüchtlingskinder in Kooperation mit Kindergärten und Grundschulen auf die Beine gestellt werden.

Gleiche Chancen für alle

Zu einem Zusammenleben in Vielfalt gehört für die Jugendlichen jedoch nicht allein die Integration von Geflüchteten. Sie fordern: „Eine gerechte Welt für alle! Jede_r hat genug zum Leben! Jede_r hat die gleiche Chance auf ein gutes Leben!“

Sie wollen eine gleichberechtigte Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Orientierung und ihres Geschlechts die gleichen Chancen haben. Sie wünschen sich, dass ein Klima der Akzeptanz und Offenheit gefördert wird sowie dass Diskriminierung mit Zivilcourage begegnet wird.

Der einzelne Mensch braucht nach Meinung der Befragten mehr Entscheidungsfreiheit. Individualität muss stärker unterstützt werden. Auch im Bildungssystem muss auf verschiedene Charaktereigenschaften und „Menschentypen“ eingegangen werden.

Die Jugendlichen wünschen sich mehr Frauen in Führungspositionen und fordern von der Politik, dass diese als Vorbild und queer-freundlich agiert.

„Wir fordern die Umsetzung des Rechtes auf schulische Bildung für geflüchtete Kinder und Jugendliche sowie stärkere Einbindung ins Bildungssystem.“



„Um ein gutes Miteinander der verschiedenen Menschen zu schaffen, muss ein Gemeinschaftsgefühl gebildet und die gegenseitige Hilfe im Alltag ausgebaut werden.“

5. #JUNGETHEMEN: EINE JUGENDGERECHTE GESELLSCHAFT ENTSTEHT NICHT VON ALLEIN!

In Frage 5 hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, all die Themen anzusprechen, die in den anderen Fragen nicht abgefragt wurden, die ihnen aber dennoch wichtig sind.

Waffenhandel stoppen

In den Antworten wird deutlich, dass die Jugendlichen vor allem Kriege eindämmen wollen. Daher fordern sie, den Handel mit Waffen einzuschränken: „Waffen sorgen nicht für Frieden! Stoppt deutsche Waffenexporte!“ Die Rüstungspolitik soll sich nicht am Ziel der Gewinnmaximierung von Rüstungskonzernen orientieren, sondern am Ziel, Frieden zu schaffen.

Deutschland soll zu einer atomwaffenfreien Zone werden und internationale rechtliche Regeln geschaffen werden, die die Entwicklung autonomer Waffensysteme, die selbst Entscheidungen über das Töten von Menschen treffen, untersagen.

Gleichberechtigter Handel

Handelsabkommen sollen nach Meinung der Jugendlichen nicht so gestaltet sein, dass sie den Industrienationen Vorteile verschaffen. „Welthandel muss gerecht sein, damit wir faire Produkte kaufen können, die nicht durch Ausbeutung anderer (womöglich auch noch Kinder und Jugendlicher!) entstanden sind!“

Sie fordern eine kohärente deutsche Politik, bei der die Ziele des politischen Handelns der verschiedenen Ressorts untereinander abgestimmt sind, damit beispielsweise industrie- oder wirtschaftspolitisches Agieren nicht nachteilige Konsequenzen für die Entwicklungszusammenarbeit nach sich zieht.

Umwelt schützen

Auch der Umweltschutz ist den Jugendlichen sehr wichtig: „Es gibt nur diese eine Erde. Damit auf ihr auch künftige Generationen leben können, muss der Umweltschutz stärker vorangetrieben werden!“ Die Jugendlichen fordern einen Ausbau der erneuerbaren Energien, ein Verbot von Plastiktüten, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, mehr Elektroautos und insgesamt eine ökologisch verträgliche Infrastruktur.



„Stoppt deutsche Waffenexporte!“

„Es gibt nur diese eine Welt, damit auf ihr auch zukünftige Generationen leben können muss der Umweltschutz stärker vorangetrieben werden!“

Wohlstand und Teilhabe für alle

„Es ist genug für alle da!“, meinen die Jugendlichen und fordern Politiker_innen deshalb dazu auf, für eine gerechte Verteilung von Wohlstand zu sorgen.

Politik soll nach Ansicht der Jugendlichen nicht davon ausgehen, dass sie schon alles weiß, sondern hinhören, wenn es um marginalisierte Gruppen geht.

Medizinische Versorgung darf nicht von den finanziellen Möglichkeiten und dem sozialen Status abhängen.

Außerdem muss die UN-Kinderrechtskonvention besser eingehalten werden – damit jedem Kind das Recht auf Teilhabe garantiert ist.

Die Jugendlichen fordern auch, die Netzneutralität bewahren:
„Niemandem darf das Internet gehören!“



„Die medizinische Versorgung verbessern, sie darf nicht von finanziellen Möglichkeiten und/oder sozialem Status abhängen!“

„Es ist genug für alle da! Politiker müssen Wege finden, für eine gerechte Verteilung von Wohlstand zu sorgen. Und wir brauchen Solidarität und Mitmenschlichkeit!“

INFORMATIONEN ZUR BETEILIGUNGSRUNDE

so ging´s

Von Januar bis Oktober 2016 waren junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren aufgefordert, sich mit den Themen von „Das muss sein! Demografiepolitik jugendgerecht gestalten“ auseinanderzusetzen.

Jugendgruppen und -verbände, Initiativen, Schulklassen, Projekte oder lose Zusammenschlüsse konnten die Fragestellungen vor Ort in einem selbst gewählten Setting bearbeiten. Hier entwickelten sie ihre Ideen und Vorschläge.

Bis Ende August 2016 konnten alle Ergebnisse online auf dem ePartool (tool.ichmache-politik.de) eintragen werden. Das ePartool ist das Onlinewerkzeug des Projekts.

In die Beteiligungsrunde wurden auch die Beiträge der teilnehmenden Jugendlichen aus den Beteiligungsveranstaltungen des Forschungsprojektes „Jugend-Demografie-Dialog“ aufgenommen.

LINK ZU ALLEN BISHER GESAMMELTEN BEITRÄGEN

<http://go.dbjr.de/imp-dasmussesein-beitraege>

Im April konnte in einem sog. Zwischen-Voting bereits ein erstes Mal über die bisher gesammelten Beiträge abgestimmt werden. Ein abschließendes Voting fand vom 19. September bis 9. Oktober 2016 statt.

In diesem wählten die teilnehmenden Jugendlichen diejenigen Beiträge aus, auf die sie in der weiteren politischen Diskussion besonders Wert legen. Die Beiträge wurden für die Abstimmung redaktionell vorbereitet. D. h. inhaltlich identische Beiträge wurden zusammengefasst und Beiträge mit mehreren Aussagen wurden in einzelne Aspekte unterteilt.

Auf der Grundlage der Abstimmungsergebnisse wurde zu jeder Fragestellung ein Ranking erstellt. Dieses fand Eingang in die vorliegende Zusammenfassung der Ergebnisse von „Das muss sein! Demografiepolitik jugendgerecht gestalten“.

LINK ZU DEN ABSTIMMUNGSERGEBNISSEN

<http://go.dbjr.de/voting-ergebnisse>

so geht's weiter

Die Ergebnisse fließen in die Arbeit der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ und damit in den bundesweiten Prozess zur Entwicklung einer Demografiestrategie ein. Ganz konkret hat die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ zugesagt, sich mit den Forderungen auseinanderzusetzen und den jungen Politik> Macher_innen im Anschluss ein Feedback zu geben.